Rudolf Lill

Italiens Außenpolitik 1866–1871

I

Das Königreich Italien ist in den ersten fünfzehn Jahren nach seiner Gründung (1861) weiterhin von Cavours liberaler Partei, der „Historischen Rechten“, regiert worden, welche die Vollendung der nationalen Einigung als ihre Hauptaufgabe betrachtete¹. Die Ministerpräsidenten bis zum Regierungsantritt der Linken (1876) waren sämtlich Mitarbeiter Cavours gewesen; bis auf den deutlich nach links gehenden Urbano Rattazzi (März – Dezember 1862, April – Oktober 1867) teilten sie seine politischen Maximen: Auf der Basis des nationalen Prinzips im Inneren die maßvoll modernisierende Regierung einer parlamentarisch abgestützten liberalen Elite sowie die Sanierung der Staatsfinanzen, nach außen die vorsichtige Bindung an das zugleich nationale wie antirevolutionäre Frankreich Napoleons III. und die Anerkennung Italiens als Großmacht²; in einer von Frankreich und Österreich dominierten, kontinentalen Gleichgewichtsordnung sahen sie Italiens Interessen am besten aufgehoben. Sowohl Frankreich wie unter Beusts Regierung auch Österreich traten ja inzwischen ebenfalls als liberale Mächte auf; gute Beziehungen nach Wien erschienen zudem als unerlässlich, wenn man Interessen auf dem Balkan anmelden wollte.

Nachdem das Bündnis mit Preußen im Krieg von 1866 Venetien eingebracht hatte, blieb Rom mit dem Rest des Kirchenstaates das letzte nationalpolitische Ziel³. Die Ministerpräsidenten Baron Bettino Ricasoli (Juni 1866–April 1867), Graf Luigi Federico Menabrea (Oktober 1867–Dezember 1869) und Giovanni Lanza (Dezember 1869–Juli 1873) waren sich darüber im klaren, daß dieses Ziel unter normalen Umständen weder schnell noch leicht und jedenfalls nur in einer internationalen Kombination und mit Zustimmung Napoleons III. zu erreichen

¹ Aldo Berselli, *La Destra storica dopo l'unità*, 2 Bde. (Bologna 1963, 1965).

² Federico Chabod, *Storia della politica estera italiana del 1870 al 1896*, Bd. I: *Le premesse* (Bari 1961).

³ Zusammenfassende Darstellung: Giorgio Candeloro, *Storia dell'Italia moderna*, Bd. V: *La costruzione dello Stato unitario 1860–1871* (Milano 1972) 357–370; Rudolf Lill, *Geschichte Italiens in der Neuzeit* (Darmstadt 1986) 183–195; ders., in: *Handbuch der europäischen Geschichte*, Bd. 5, hrsg. von Walter Bußmann (Stuttgart 1980) 878–885.

war⁴. Die 1864 nach Absprache mit Frankreich (in der „Septemberkonvention“) erfolgte Verlegung der Hauptstadt von Turin nach Florenz war nicht als eine Maßnahme für wenige Jahre gedacht gewesen, man stellte sich – ähnlich wie in Deutschland nach 1866 – auf längere Fristen ein. Daß die von Rattazzi ermutigten Garibaldiner mit ihrem Angriff auf Rom im November 1867 den päpstlichen Truppen unterlegen waren und daß seitdem wieder eine französische Garnison zum Schutz des Papstes in Rom stand, bestärkte die Regierungen Menabreas und Lanzas in dieser Einsicht. Diese beruhte auch auf dem Wunsch, die Spannungen zwischen liberaler *classe dirigente* und katholischer Mehrheit nicht unnötig zu verschärfen, sowie auf dem festen Willen, das neue Italien entgegen konservativen Verdächtigungen nicht als revolutionären Staat auftreten zu lassen.

Daß das Intervall Rattazzi und der Kampf der Garibaldiner um Rom⁵ überhaupt möglich gewesen waren, verweist auf eine doppelte Konditionierung der damaligen italienischen Politik. Einerseits hat König Viktor Emanuel II. nach Cavour's Tod verschiedentlich und dann auch wieder 1870 den vorsichtigen Kurs der rechtsliberalen Minister durch persönliche, aktivistische Politik zu durchkreuzen versucht. Andererseits drängten erst recht die Radikalen um Mazzini und Garibaldi, welche ja überhaupt in den entstehenden Nationalstaat eine starke Komponente direkter Partizipation „von unten“ eingebracht haben⁶, immer wieder zu der von der *Destra storica* verabscheuten revolutionären Aktion, besonders gegen Rom, welches sie aus eigener Kraft zu erobern hofften und nicht einer diplomatischen Aktion verdanken wollten. Der säkularisierte Rom-Mythos Mazzinis stand gegen die Realpolitik Cavour's und seiner Partei; der Gegensatz wurde verschärft durch die heftige Abneigung der Linken gegen Napoleon III. und seinen „Bonapartismus“. Die antirömische Polemik der Linken wie die zumindest partiellen Sympathien vieler Konservativer für Pius IX. bezeugen auch die besonderen Komplikationen, welche sich aus dem Abschluß der italienischen Einigung ergeben mußten: Die „Römische Frage“ hatte ja nicht nur eine territoriale und nationalpolitische, sondern dazu eine ideologische Dimension, welche auf die säkularen Gegensätze des Kulturkampfes verweist: Den Linken und vielen Liberalen galten das Papsttum als Zentrum aller antimodernen Tendenzen, der Kirchenstaat als dessen Basis und zugleich als Relikt des Mittelalters, welches es zu beseitigen galt⁷.

⁴ Das politische und gesellschaftliche Leben in Italiens damaliger Hauptstadt beschreibt ebenso anschaulich wie eindringlich *Giovanni Spadolini*, *Firenze Capitale, gli anni di Ricasoli* (Firenze 1979).

⁵ Vgl. die denkwürdige zeitgenössische Schilderung von *Ferdinand Gregorovius*, *Der Krieg der Freischaren um Rom, 1867*, in: *ders.*, *Wanderjahre in Italien*, Bd. 4 (Leipzig 1883) 195–341.

⁶ *Giovanni Spadolini*, *Tradizione Garibaldina e Storia d'Italia* (Firenze 1982).

⁷ Vgl. aus der zeitgenössischen Polemik z. B. *Ferdinand Gregorovius*, *Römische Tagebücher* (Stuttgart 1892). Zur derzeitigen Beurteilung: *Rudolf Lill*, in: *Ökumenische Kirchengeschichte*, hrsg. von *Raymund Kottje* und *Bernd Moeller*, Bd. III (München ³1985); *Klaus Schatz SJ*, *Pius IX.*, in: *Gestalten der Kirchengeschichte*, hrsg. von *Martin Greschat*, Bd. 12: *Das Papsttum II* (Stuttgart 1985) 184–202.

Italiens Beziehungen zu Österreich und Preußen hatten sehr bald nach 1866 eine den damaligen Bündnissen entgegengesetzte Entwicklung genommen⁸. Die neue, mehr liberale Führung in Wien unter dem Reichskanzler Beust hat den Verlust Venetiens schnell verwunden und ein recht gutes Verhältnis zu Italien hergestellt⁹, um welches sich auch die Regierungen in Florenz bemühten; ein Irredenta-Problem von nennenswertem Ausmaß, welches diese Entwicklung hätte stören können, ist erst in den 1880er Jahren aufgetreten. Von Frankreich wurde diese neue Entwicklung nach Kräften gefördert; ein Dreierbündnis, welches jedenfalls ein weiteres Ausgreifen Preußens verhindern sollte, wurde das Ziel Napoleons III. und Beusts. Die in Italien regierende Rechte betrachtete das preußische Bündnis des Jahres 1866 als eine durch die Umstände und deren realistische Ausnutzung nahegelegte Episode und entzog sich weiterem Werben Bismarcks. Die Beziehungen zu Berlin waren auch 1866 nicht herzlich gewesen; sie kühlten vollends ab, seitdem der frühere Ministerpräsident La Marmora im Sommer 1868 auf die anti-italienischen Passagen im preußischen Generalstabsbericht über den Krieg von 1866 mit heftigen, aus Quellen dokumentierten Angriffen gegen den früheren Verbündeten reagierte und dabei auch die revolutionäre Strategie offenlegte, welche Bismarck 1866 wenigstens zeitweise verfolgt hatte. Dieser wollte nicht verstehen, daß die italienische Regierung solche Enthüllungen nicht verhindert hatte¹⁰; wie später noch oft trat die Differenz zwischen einer mehr autoritären und einer mehr liberalen politischen Kultur zutage.

Als Bismarck im März 1869 von der italienischen Regierung Aufklärung über die Dreierverhandlungen und deren antipreußische Tendenz erbat, antwortete Menabrea ihm, daß Italien nur in einer moralischen Allianz mit den an der Erhaltung des Friedens interessierten Mächten stehe, empfahl aber zugleich alles zu tun, um Frankreich zufriedenzustellen. Bismarck, der seinen alten Argwohn gegen die italienischen Politiker bestätigt sah¹¹, zeigte sich erstaunt und gab zu bedenken,

⁸ Rudolf Lill, Beobachtungen zur preußisch-italienischen Allianz 1866, in: QuFiAB 44 (1964), 467–527; ders., Aus den italienisch-deutschen Beziehungen 1869–1876; ebd. 46 (1966) 399–454. Die in meinen damaligen Arbeiten ausgewerteten Akten sind inzwischen für die Zeit des Krieges und der unmittelbaren Folgezeit publiziert worden: Documenti Diplomatici Italiani, I serie, vol. VII (1983).

Vgl. jetzt außerdem Paolo Borella, Der Fall La Marmora, in: Deutschlands Sonderung von Europa 1862–1949, Redaktion: Wilhelm Alff (Frankfurt/M. 1984) 29–52.

⁹ Vgl. dazu die Forschungen von Friedrich Engel Janosi und Heinrich Lutz, der dazu in einem anderen Beitrag zu diesem Kolloquium Stellung nimmt; außerdem Adam Wandruszka, Schicksalsjahr 1866 (Graz, Köln 1966).

¹⁰ Alfonso La Marmora hat seine Angriffe noch mehrmals wiederholt, am wirkungsvollsten in seinem Buch Un pò più di luce sugli eventi politici e militari dell'anno 1866 (Firenze 1873, 21874), welches sofort ins Deutsche übersetzt und von Bismarcks Gegnern im Kulturkampf als Waffe gegen den Kanzler benutzt worden ist. Die von Bismarck revolutionärer Absichten bezichtigten Katholiken konnten dem Kanzler nun vorhalten, daß er selbst 1866 auch revolutionäre Mittel erwogen hatte, um Österreich niederzuringen. Vgl. Borella, Der Fall La Marmora, 42 ff.

¹¹ Bismarck GW, Bd. VI b Nr. 1362, s. a. 1334, 1339.

daß für Mahnungen zu friedlichem Verhalten Paris die richtige Adresse sei. Das mochte konkret und momentan richtig sein, umging aber die größere Frage, welche Macht damals eine europäische Ordnung erhalten und welche sie verändern wollte. Der Kanzler vermied es daraufhin, gegenüber dem preußenfreundlichen Gesandten Launay weitere konkrete Wünsche anzumelden, betonte aber, daß er für den Fall eines Konfliktes mit Frankreich und Österreich auf die Neutralität Italiens hoffe. Gelegentlich hat Bismarck dann auch mit der Unterstützung der Linken gedroht, ernsthaft freilich nur im Sommer 1870 (s.u.).

Die Dreierverhandlungen haben bekanntlich wegen Differenzen in der „Römischen Frage“ nicht zu einem Bündnis geführt. Zwar wollte Österreich nun die italienischen Ansprüche anerkennen, aber Frankreich lehnte es weiterhin ab, die päpstliche Herrschaft ganz aufzugeben. Zur deutschen Frage hatte die italienische Diplomatie in diesen Verhandlungen eine ambivalente Haltung eingenommen. Sie bestand zwar darauf, daß ein von den drei Staaten zu führender Krieg im Prinzip nicht gegen die deutsche Einheit gerichtet sein dürfe, erklärte sich aber gleichzeitig mit der Annexion linksrheinischer Gebiete durch Frankreich einverstanden¹² – eine Mischung aus italienischer Fähigkeit zum Dissimulieren, Loyalität zu Frankreich und Unkenntnis deutscher Verhältnisse.

Als im Sommer 1870 die Krise zwischen Frankreich und Preußen ins akute Stadium trat, war die italienische Regierung nicht stark genug, um effektiven Einfluß zu nehmen. Sie versuchte zunächst, zur Vermeidung des Krieges beizutragen, vertrat aber mehr den französischen Standpunkt und trat in Berlin und Madrid der Hohenzollernkandidatur entgegen, auch wegen der aussichtsreichen und vorübergehend verwirklichten Aspiration des Hauses Savoyen auf den spanischen Thron¹³. Da es ihr letztlich um ein europäisches Gleichgewicht ging, verwarf sie jedoch die weitergehenden französischen Forderungen nach dem Verzicht des Hohenzollernprinzen.

Beim Krieausbruch (19. Juli 1870) war Italien somit frei von internationalen Verpflichtungen¹⁴. Seine führenden Minister, neben Lanza der Außenminister Visconti Venosta und der Finanzminister Sella, von denen nur letzterer Sympathien für Preußen empfand, setzten einstweilige Neutralität durch. Seit dem 10. Juli drängte Napoleon beim italienischen König auf schnellen Abschluß der Dreierallianz und sagte dafür den Abzug seiner Garnison aus Rom zu. Viktor Emanuel

¹² Documenti Diplomatici Italiani, I serie, vol. XIII (1963) Nr. 253, 265. – Dieser Band enthält die gesamte Dokumentation der italienischen Außenpolitik im Jahre 1870. Vgl. die Einzelnachweise, in: QuFiAB 46 (1966) 404–410, Anm. 11–31.

¹³ Am 16. November 1870 haben die Cortes den dritten Sohn König Viktor Emanuels, den 25jährigen Herzog Amadeo von Aosta zum König von Spanien gewählt, der sich jedoch dort nicht dauerhaft durchsetzen konnte und im Februar 1873 abdanken mußte. Vgl. den Beitrag von Hans-Otto Kleinmann in diesem Band.

¹⁴ Neuere Beiträge der italienischen Forschung zu unserem Thema enthält: Il Risorgimento (Milano) XXIII, Nr. 2 (1971): Federico Curato, Le origini diplomatiche della guerra franco-prussiana ..., 22–43; Luigi Mondini, La guerra franco-prussiana ..., 44–70.

wäre dem Mitbegründer seines Staates nur zu gern und sofort zu Hilfe gekommen, aber seine Minister argumentierten erfolgreich mit der Finanzmisere des Staates, der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und der scharf antibonapartistischen Haltung der von Bismarck ermutigten Linken. Visconti Venosta erreichte, daß Italien für den Abzug der französischen Truppen aus Rom, die im August erfolgte, keine neuen Verpflichtungen übernahm, sondern nur die weitere Einhaltung der den Rest des Kirchenstaates garantierenden „Septemberkonvention“ von 1864 zusagte, deren Kündigung die Linke nun vehement forderte.

Ende Juli wurden jedoch in Wien Verhandlungen um den Abschluß der Dreierallianz oder wenigstens einer österreichisch-italienischen Allianz aufgenommen, welche Viktor Emanuel mit Hilfe eines persönlichen Emissärs, des Militärattachés Graf Vimercati, nach Kräften zu beschleunigen suchte. Visconti Venosta hielt dem entgegen, daß ein Kriegeintritt Italiens nur wegen eines eigenen und großen nationalen Zieles zu verantworten sei, also nur wenn Frankreich dafür seine Zustimmung zur Okkupation Roms gebe, welche Napoleon III. aber auch nun verweigerte; zu fest stand er bei Frankreichs Katholiken im Wort. Er sagte nur den Abzug der französischen Garnison zu, womit Italien selbst wieder gemäß der „Septemberkonvention“ die Unabhängigkeit des *patrimonium Petri* zu garantieren hatte. Die Unmöglichkeit, nach Rom zu gehen, hat der Regierung jedenfalls den Verbleib in der Neutralität erleichtert; sie zog ihn auch deshalb vor, weil die Linken für den Fall des Kriegeintritts mit Aufstand drohten und sich dazu durch Bismarcks Emissäre ermutigt fühlten. Letztlich haben dann die überraschend schnellen Siege der Deutschen den Ausschlag gegeben.

Den ganzen August hindurch hat die italienische Regierung sich um eine gemeinsame Aktion der Neutralen bemüht, auf die dann in der zweiten Monatshälfte auch der nun keinen anderen Ausweg mehr sehende Kaiser der Franzosen drängte. Auch als dessen Niederlage abzusehen war, ist die Regierung Lanza ihrer Linie treu geblieben, welche sowohl durch konservatives Gleichgewichtsdenken wie durch die Loyalität zu Frankreich bestimmt war: Sie wünschte eine gemeinsame Intervention der Neutralen zur Erhaltung der territorialen Integrität Frankreichs. Mit Recht fürchtete man in Florenz, daß die Annexion Elsaß-Lothringens einen dauerhaften Frieden unmöglich machen werde; auch ließ das unerwartete Ausmaß der deutschen Siege die Sorge aufkommen, daß Deutschland zu stark werde und dann die Italienpolitik des alten Reiches wieder aufnehmen oder gar mit Rußland eine das übrige Europa bestimmende Allianz eingehen werde. Launay, dem Visconti Venosta diese Besorgnisse mitteilte, erlangte von Bismarck wie schon früher die Versicherung, daß Preußen den Bestand des geeinten Italiens unter dem Haus Savoyen dringend wünschte; aber die Sorge der italienischen Regierung war weder durch solche Erklärungen noch durch die sie unterstützenden Argumente ihres deutschfreundlichen Berliner Gesandten ganz zu überwinden. Hinter ihr stand die tiefe Abneigung Liberaler gegen die preußische Militärmonarchie und deren un-nachgiebige, dabei unberechenbar erscheinende Durchschlagskraft.

II

Die Gefangennahme Napoleons III. und die Ausrufung der französischen Republik (4. September 1870) schufen auch in Italien eine neue, ganz durch die „Römische Frage“ beherrschte Situation¹⁵. Die Linke forderte in der Kammer und außerhalb den sofortigen Einmarsch in den Kirchenstaat, weil Italien nun der nur gegenüber dem gestürzten Kaiser eingegangenen Verpflichtungen ledig geworden sei; die Garibaldiner rüsteten sogleich zu eigenen Aktionen. Ihnen mußte die Regierung zuvorkommen; auf Legalität bedacht, unternahm sie einen letzten Versuch, dem Papst gegen eine auch international abzusichernde Garantie seiner geistlichen Unabhängigkeit die Zustimmung zur Besetzung abzurufen; die Ablehnung Pius' IX. war nur konsequent und darum vorzusehen. Die Regierung Lanza informierte darum zugleich die europäischen Regierungen von ihrer Absicht, im Interesse der Sicherheit und der konstitutionellen Ordnung Italiens den Rest des Kirchenstaates zu okkupieren (Zirkular Visconti Venostas 7. September). Sie stieß nirgends auf ernsthaften Widerspruch, wobei ihr nicht nur zugutekam, daß Europas Kabinette ganz durch den französisch-deutschen Konflikt beansprucht waren. Das soeben, im Juli 1870, vorläufig beendete Vatikanische Konzil hatte ja mit der Definition der päpstlichen Unfehlbarkeit den säkularen Konflikt zwischen Papsttum und Liberalismus zum Höhepunkt gebracht und ersteres mehr denn je isoliert; für eine konservative Intervention zugunsten des Papstes fehlten alle Voraussetzungen¹⁶. Seit der Monatsmitte rückten italienische Truppen unter dem General Cadorna ins päpstliche Gebiet ein; da Pius IX. nur der Gewalt weichen wollte, ordnete er symbolischen Widerstand an, der eingestellt wurde, nachdem die Italiener am 20. September die Bresche in die römische Stadtmauer geschossen hatten. Die Säkularisation der europäischen Staatenwelt wurde damit abgeschlossen, die tausendjährige weltliche Herrschaft der Päpste beseitigt, unter Bruch des konservativen Prinzips, jedoch ohne die von Mazzini erhoffte Attitude nationaler Größe; die nationalrevolutionäre Linke war von den „Moderati“ in der Regierung ein weiteres Mal ins Abseits gedrängt worden.

Im Sommer 1871 ist Italiens Hauptstadt von Florenz nach Rom verlegt worden;

¹⁵ *Hubert Bastgen*, Die römische Frage, 3 Bde. (Freiburg 1917–1919); *Norbert Miko*, Das Ende des Kirchenstaates, 3 Bde. (Wien, München 1961–1969); *R. Moro*, Il tramonto del potere temporale (1967). Il Ricongiungimento di Roma all'Italia (Atti del XLV Congresso di Storia del Risorgimento Italiano, 1970) Roma 1972.

¹⁶ Daß die Annexion Roms die konservativen Prinzipien verletzte, ist freilich auch außerhalb der katholischen Kreise zugegeben und z. B. am Berliner Hof von der Königin Augusta konsequent und scharf mißbilligt worden. Vgl. ihre diesbezüglichen Briefe in der Quellenveröffentlichung von *Adelheid Constabel*, Die Vorgeschichte des Kulturkampfes (Berlin 1956). Auch Bismarck empfahl den Italienern schonendes, weitere Komplikationen vermeidendes Vorgehen; davon abgesehen bezeugen seine Äußerungen bezüglich Italien in der Schlußphase des Krieges gegen Frankreich Mißtrauen und Zurückhaltung. *Bismarck GW*, Bd. VI b Nr. 1798, 1803, 1811, 1827, 1852f., 1863f., 1875, 1901, 1904, 1917, 1924, 1963.

die Idee der „Roma capitale“ (freilich nicht in Mazzinis Version der „Roma del popolo“) siegte über die Bedenken derer, welche das teils kosmopolitische, teils provinzielle Rom als schlecht geeignet für eine moderne Hauptstadt hielten und sich zudem vom engen, unregelmäßigen Nebeneinander von König und Papst wenig Gutes erwarteten¹⁷.

Die Wende von Sedan bewirkte bei der Linken Italiens auch einen außenpolitischen Umschwung. Ihre Sympathien hatten Bismarck und Preußen gegolten, solange diese gegen das ihnen verhaßte System Napoleons III. kämpften; sie schlugen ins Gegenteil um, als der Krieg, wie aus deutscher Sicht nur konsequent, gegen die Republik fortgesetzt wurde. Garibaldi sprach noch am 7. und am 13. September von „deutschen Brüdern“ im gemeinsamen Kampf gegen den „Katafalk der Lüge“ (d.h. den in seinen Augen pseudoliberalen Anachronismus des bonapartistischen Systems), aber schon am 7. Oktober von den „preußischen Horden“; der Krieg, von dem er sich von Anfang an die Durchsetzung der Republik erhofft hat, war nun für ihn zum Prinzipienkrieg zwischen republikanischer Freiheit und invasorischer Monarchie geworden¹⁸. Mazzini, der wegen erneuter republikanischer und antirömischer Umsturzversuche im Februar 1870 verhaftet und erst dank der zum 20. September erlassenen Amnestie freigelassen worden war, hatte sich an den politischen und publizistischen Kampagnen im Juli und August nicht beteiligen können. Seitdem kritisierte er Deutsche und Franzosen, weil er beiden Seiten Verantwortung für den Konflikt und dessen Zuspitzung gab. Seinen besonderen Zorn erregte der innerfranzösische Konflikt um die Kommune, welcher die junge Republik nach rechts rücken ließ. Seine Stellungnahme zum neuen Deutschen Reich war dagegen ambivalent; seine seit seinen inzwischen vierzig Jahre zurückliegenden politischen Anfängen in der „Giovine Europa“ gehegte Hoffnung auf eine freiheitliche Umgestaltung Deutschlands wollte er auch nun nicht aufgeben. Nur mit Mazzinis Urteil über die Kommune ging auch Garibaldi einig, der im übrigen bald nach Sedan die radikalere Konsequenz gezogen hatte: Seit dem Spätherbst 1870 kämpfte er mit anderen Freiwilligen auf der Seite der französischen Republik gegen die Deutschen. Diese, welche sich ja schon damit abfanden, daß ihnen auch der entstehende Nationalstaat von den Obrigkeiten beschert wurde, haben solche republikanische Konsequenz nicht verstehen wollen. Bismarck hat noch viel später von zuchthauswürdigem Verhalten gesprochen; im preußischen Hauptquartier war man 1871 der Auffassung, daß Garibaldi, falls man ihn gefangen

¹⁷ Rudolf Lill, Hauptstadtprobleme im modernen Italien, in: Hauptstädte in europäischen Nationalstaaten, hrsg. von Theodor Schieder und Gerhard Brunn (1983) 71–86. Vgl. dazu jetzt auch Jens Petersen, Rom als Hauptstadt des geeinten Italiens 1870–1914 ... in: QuFiAB 64 (1984) 261–282.

¹⁸ Emilia Morelli, Mazzini e la Comune, in: *dies.*, Giuseppe Mazzini. Quasi una biografia (1984) 131–150, s. bes. ab 141; Karl Hermann Lucas, Mazzini e la Germania, in: Mazzini e il Mazzinianesimo (Atti del XIV Congresso di Storia del Risorgimento Italiano, 1972) Roma, 1974, 161–181.

nehme, als Partisan zu erschießen sei. Auch abgesehen von solchem Lehrstück preußischer Haltung zu einem weltberühmten Freiheitskämpfer, ist Garibaldi, der zwischen 1860 und 1870 auch in Deutschland sehr populär gewesen und wegen seiner „romantischen Kühnheit“ gerühmt worden war, hier nun generell kritisiert und dann vergessen worden¹⁹, während sein „Mythus“ nicht nur in Italien, sondern sowohl in den osteuropäischen und angelsächsischen Ländern wie in Lateinamerika noch lange weitergewirkt hat.

Die erste negative Konsequenz aus der Besetzung Roms war eine bedrohliche Verschlechterung der Beziehungen zu Frankreich, welche eine Umorientierung der italienischen Außenpolitik nahelegte. Der Staatsbesuch, den Viktor Emanuel, begleitet von Ministerpräsident Minghetti und Außenminister Visconti Venosta im September 1873 nach Wien und Berlin unternahm, bezeugte zum ersten Mal die Hinwendung zu den Zentralmächten²⁰, welche die Dreibundpolitik der Linken (seit 1876) vorbereitet hat.

Diese vorsichtige Hinwendung nach Berlin wurde Italiens rechtsliberalen Politikern durch die österreichische Vermittlung erleichtert, denn ihre grundsätzliche Distanz gegenüber dem preußisch geführten Deutschen Reich bestand weiter²¹. Cavours Warnung vor der Bedrohung des Gleichgewichts durch den „germanismo“ schien seit 1871 voll bestätigt. Sie glaubten, daß Europa vor dem preußischen Machtstaat abgedankt hätte, und tadelten weiterhin besonders die dem Selbstbestimmungsrecht widersprechende Annexion Elsaß-Lothringens. Trotz ihres eigenen Konflikts mit dem Papst vermieden sie es sorgsam, sich von Bismarck in den Kulturkampf hineinziehen zu lassen²², dessen Maximen und dessen brutale Praxis sie in ihrem Argwohn nur bestärkten.

Das Verhältnis der italienischen Eliten zum kaiserlichen Deutschland ist zwiespältig geblieben. Einerseits wurden Beamtenstaat und politische Stabilität bewundert, die besonderen deutschen Leistungen in Wissenschaft und Technik als vorbildlich betrachtet²³. Die Liberalen der „Destra storica“ blieben aber, von einigen Ausnahmen wie Sella abgesehen, davon überzeugt, daß das deutsche Kaiserreich ein von Monarchie und Militär geschaffener Machtstaat sei, der insofern gegen die

¹⁹ Vgl. die Beiträge von *Jens Petersen* und *Wolfgang Altgeld*, in: Garibaldi und Europa, hrsg. von *Rudolf Lill*, Risorgimento (1982) H. 3.

²⁰ Für die Einzelheiten: *QuFiAB* 46 (1966) ab 411. Vgl. besonders die dort (447–454) mitgeteilten Aufzeichnungen Minghettis über die in Wien und Berlin geführten Gespräche.

²¹ Vgl. *Chabod*, *Storia della politica estera*, 107–177.

²² Bismarcks Bemühungen darum, welche 1873 begannen und bis 1875 ständig intensiviert wurden, waren gelegentlich mit der Drohung verbunden, daß Deutschland andernfalls eine eventuelle Wiederherstellung des Kirchenstaates unterstützen werde. Sie sind inzwischen gut dokumentiert: *Documenti Diplomatici Italiani*, II serie, vol. VI (1982).

²³ *Rosario Romeo*, *La Germania e la vita intellettuale italiana dall'unità alla prima guerra mondiale*, in: *ders.*, *Momenti e problemi di storia contemporanea* (Assisi, Roma 1971) 153–184. S.a. *Karl-Egon Lönne*, *Relazioni tra la vita culturale della Germania e dell'Italia ...* (*Annali della Facoltà di Lettere e Filosofia dell'Università di Napoli* XXV, 1982/83) 231–243.

als gemein-europäisch empfundenen Tendenzen des Zeitalters stehe²⁴. Ruggiero Bonghi, einflußreicher Politiker und Publizist der Rechten und von 1874 bis 1876 Unterrichtsminister, hat in seiner Kritik am „Bismarckismo“ diese Überzeugung besonders deutlich ausgesprochen. Erst die 1876 zur Regierung gelangte Linke und darin besonders Francesco Crispi haben die Annäherung an Deutschland intensiviert, welche innerhalb weniger Jahre zum Dreibund führte²⁵. Gleichzeitig hat auch der seit 1878 regierende Leo XIII. die Beilegung des Kulturkampfes und darüber eine möglichst umfassende Verständigung mit Bismarck gesucht²⁶. Dessen seitherige Gleichgewichtspolitik hatte entgegen den um 1870 verbreiteten Befürchtungen innerhalb eines Jahrzehnts dazu geführt, daß das Deutsche Reich als Zentrum der Stabilität galt, von dessen Unterstützung sich sowohl der Papst wie Italiens links-nationalistischer Ministerpräsident eine Stärkung der eigenen Positionen versprochen.

²⁴ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang noch, daß ausgerechnet von katholischer Seite das neue Deutsche Reich zunächst positiver beurteilt worden war. Die vatikanoffizielle „Civiltà cattolica“ hatte 1871 (vol. II, 129–144: Il Protestantismo ed il Cattolicesimo nella guerra franco-germanica) der von manchen Nationalliberalen und noch mehr auf der Linken verbreiteten These widersprochen, daß der Krieg ein Religionskrieg gewesen sei, in dem der Protestantismus gesiegt habe. Zwar war der Widerspruch gegen diese These für die vatikanische Zeitschrift ein Gebot politischer Opportunität; aber über diese war sie deutlich hinausgegangen, indem sie das Deutsche Reich als konservative Macht würdigte, welche die von Napoleon III. verkörperte Revolution besiegt hätte und diese vielleicht auch weiterhin niederhalten, dazu möglicherweise Europa vor slawischen Angriffen beschützen werde.

²⁵ Die nach wie vor beste Darstellung: *Italius* (i. e. Ernst E. Berger), Italiens Dreibundpolitik 1870–1896 (1928). S. a. Fritz Fellner, Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg (München 1960).

²⁶ Vatikanische Akten zur Geschichte des deutschen Kulturkampfes. Leo XIII., Teil I: 1878–1880, bearbeitet von Rudolf Lill (Tübingen 1970).